

## **Polnische Außenpolitik: zwischen „altem“ und „neuem“ Europa**

Vortrag des Botschafters der Republik Polen in Österreich, Dr. Jerzy Margański,  
am 5. November 2008 in der Diplomatischen Akademie Wien

Seit dem Jahr 1990 als wir zusammen mit dem Botschafter Gruša im Garten der Residenz des tschechoslowakischen Botschafters in Deutschland bei einem Glas Wein über unsere Mitgliedschaft in der NATO und in der Europäischen Gemeinschaft geträumt haben, ist eine ganze Epoche vergangen: den Eisernen Vorhang gibt es nicht mehr, der Warschauer Pakt löste sich auf, uns droht kein globaler Konflikt mehr, die NATO wurde erweitert und Europa ist größer geworden. Für uns alle ist dies alles mittlerweile normal und selbstverständlich geworden.

Europa wächst nun nach der Erweiterung mit Mühe, aber mit sichtbaren Fortschritten zusammen. Am besten erkennt man das im Wirtschaftsbereich. Entgegen den einstigen Befürchtungen, sind die neuen Mitglieder nicht nur zu keiner Belastung für die EU geworden, sondern gehören zu den dynamischsten Wirtschaften der Welt. Sie lassen jährlich mehrere hunderttausend Arbeitsplätze in der ganzen EU entstehen, tragen zur Produktivität der europäischen Industrie bei und stellen längst einen wichtigen Stabilitätsfaktor der gesamteuropäischen Wirtschaft dar. Die jetzt andauernde Finanzkrise hat dies verdeutlicht, denn gerade das Engagement auf den Märkten der mittelosteuropäischen Staaten hilft den Altmitgliedern der EU die Folgen der Instabilität auf den Börsen und der zu erwartenden Abschwächung des Wirtschaftswachstums zu bekämpfen. Und das, obwohl die Wachstumsraten auch in diesen Ländern gesunken sind und es unter ihnen auch Märkte gibt, die von der Krise besonders stark betroffen sind.

Polen leistet dazu seinen eigenen Beitrag. Mit 38,5 Mio. Einwohnern sind wir die größte Volkswirtschaft Mittelosteuropas, die seit Jahren eine hohe Dynamik mit Wachstumsraten zwischen 5% und sogar 8% aufweist und immer besser international vernetzt ist. Dank einer konsequenten Finanzpolitik der letzten Jahre hat der Złoty gegenüber Euro und CHF um fast 30% an Wert zugenommen und selbst die durch die Finanzkrise verursachte Korrektur hat dies bisher nicht bedeutend verändern können. Trotzdem wachsen polnische Exporte und die Industrieproduktion ständig, jährlich um bis zu 20%, sodass wir zeitweise mit sogar so potenten Partnern wie Deutschland Handelsüberschüsse aufweisen. Das alles trägt dazu bei, dass Polen heute von den Ratingagenturen als der attraktivste Investitionsmarkt Europas und als der drittattraktivste in der Welt eingestuft wird.

All das zeigt, dass die wirtschaftliche Verflechtung der neuen Mitglieder mit der gesamten EU-Wirtschaft sehr fortgeschritten ist und dass wirtschaftliches Zusammenwachsen in Europa als ein Erfolg bezeichnet werden kann.

Dieses europäische Zusammenwachsen findet aber auf vielen Ebenen und in vielen Bereichen statt, wo es nicht immer so pragmatisch wie in der Wirtschaft verläuft. Es ist z.B. schwieriger in manchen politischen Bereichen, im Umweltschutz oder bei den Haushaltsfragen. Die Erweiterung der EU hat deutlich gemacht, dass die Staaten Mittelosteuropas in manchen Gebieten ihre eigenen spezifischen Positionen vertreten, dass die Welt von Warschau oder Prag aus gesehen manchmal etwas anders aussieht, als aus der Sicht Berlins oder Paris. Die neuen Mitglieder haben in manchen Bereichen in der Tat ihre spezifischen Interessen, Auffassungen und auch Emotionen in die EU gebracht, die jetzt allmählich in den europäischen Kreislauf eingeführt werden.

So kann man den Eindruck gewinnen, sie bilden eine homogene Gruppe, die gemeinsame Interessen vertritt und gleiche Standpunkte durchzusetzen versucht. Das ist aber nur teilweise wahr. Aufgrund der gemeinsamen Geschichte der letzten Jahrzehnte, ähnlicher Wirtschaftsprobleme oder gemeinsamer geopolitischer Lage und ausgeprägtem Bedürfnis nach Sicherheit, sprechen diese Länder in einigen, für sie wichtigen Fragen, tatsächlich mit einer Stimme. Wenn man sich aber die Debatten in der EU näher ansieht, wird man unschwer feststellen können, dass je konkreter die Themen sind, der Bereich umso größer wird, in dem die mittelosteuropäischen Staaten nicht unbedingt regionale Solidarität in Vordergrund treten lassen, sondern auch gerne mit anderen Ländern Koalitionen schließen. Und umgekehrt arbeiten auch die „alten“ EU-Mitglieder mit den „neuen“ immer öfter zusammen.

Obwohl also die neuen Mitglieder in solchen Fragen wie der Erweiterung der EU, des Verhältnisses zu den östlichen Nachbarn, Elementen der Energiepolitik oder einigen konkreten Bereichen des EU-Haushalts weiterhin ähnliche Positionen vertreten werden, kann man sagen, dass wer heute von einer „Teilung“ der EU in „alte“ und „neue“ Mitglieder spricht, ein zumindest ungenaues, wenn nicht gar falsches Bild von Europa malt. In Wirklichkeit wächst Europa politisch immer mehr zusammen, je älter „neue“ Mitglieder werden.

Diese immer größer werdende politische Verflechtung in der erweiterten EU kann ein Grund zur Freude sein. Auf der anderen Seite aber verändert sich die EU und das hat seinen Preis. In der EU der 27 Mitglieder sind die Verhältnisse viel weniger klar geworden und die Tendenz zur Bildung zweckbestimmter Wechselkoalitionen ist viel stärker ausgeprägt als es früher der Fall war. Das trägt dazu bei, dass die Entscheidungsprozesse schwieriger und die traditionellen Führungszentren, aus rein rechnerischen Gründen, relativ schwächer geworden sind. In Folge dieser Entwicklung müsste z.B. der „europäische Motor“, den Frankreich zusammen mit Deutschland jahrzehntelang bildeten und der den Europäischen Gemeinschaften große Erfolge gebracht hat, im heutigen Europa deutlich stärker sein oder ergänzt werden, um diese Rolle weiter spielen zu können.

Europa befindet sich in einem Umwandlungsprozess, der mit der Zeit neue Interessengruppen, neue Verhältnisse zwischen den Mitgliedern, neue Wege der Konsensbildung und wahrscheinlich auch neue Taktiken, um zu Kompromissen zu kommen, hervorbringt.

Einige von den damit verbundenen Problemen löst der Reform-Vertrag, der das Prinzip der Mehrheitsabstimmung erweitert und Entscheidungsmechanismen vereinfacht. Wollen wir hoffen, dass er in Kraft tritt und dass das System, das er vorsieht, schnell adaptiert werden kann. Aber damit wird nur ein Gerüst für etwas Wichtigeres vorbereitet, was unumgänglich ist: die bereits jetzt entstehende neue politische Kultur der EU. Das wird einer der wichtigsten Prozesse innerhalb der EU sein, mit denen wir in den nächsten Jahren konfrontiert sein werden.

Diese Umwandlung der EU wird umso interessanter und wahrscheinlich auch umso schwieriger sein, da sie nicht in einem Leerraum, sondern in einem sich sehr dynamisch verändernden außenpolitischen Umfeld stattfindet, das die EU bereits heute vor neue Herausforderungen stellt, die Korrekturen der bisherigen Politik erzwingen und neue strategische Entscheidungen fordern.

Zum ersten Mal seit Jahren ist Europa heute wieder mit wichtigen strategischen Fragen konfrontiert und steht vor der Notwendigkeit seine Politik in so wichtigen Bereichen, wie der Energiepolitik, dem Verhältnis zu Russland, der Weltfinanzpolitik oder – wahrscheinlich schon bald – auch den transatlantischen Beziehungen, neu zu definieren.

Diese inneren und äußeren Herausforderungen werden Europa sicherlich ein einigermaßen neues Gesicht verleihen. Die Europäische Union befindet sich somit heute in einer Übergangsphase, in der die alten Regeln und die bisherigen Politiken nicht immer ausreichen und in der die neuen sich erst langsam herausbilden. Und das heißt, dass wir uns alle – in einem übertragenen Sinne – zwischen dem „alten“ und einem „neuen“ Europa befinden. Wobei an dieser Stelle betont werden muss, dass „alt“ nicht unbedingt „schlechter“ bedeutet und wir hoffen wollen und auch darauf hinarbeiten sollen, dass das „neue“ Europa auch nicht „schlechter“ wird.

Für die polnische Außenpolitik ist diese Transformation der Europäischen Union von besonderer Bedeutung. Denn, vielleicht im Gegensatz zu einigen anderen Neumitgliedern, können wir der Teilnahme an einigen von diesen strategischen Debatten, die in der EU geführt werden, nicht ausweichen. Erstens ist Polen ein relativ großes Land, das zu den sechs größten EU-Staaten gehört und bereits als Mitglied der s.g. G6 Gruppe anerkannt wurde. Von einem solchen Land hängt mit ab, wie stabil der Konsensus wird, der in Europa ausgearbeitet wird. Zweitens vertritt Polen in mancher Hinsicht Standpunkte und Probleme, die für die Mehrheit der mittelosteuropäischen Staaten typisch sind und die dadurch auch auf der

europäischen Ebene stärker vertreten werden können. Und drittens ist Polen durch seine Geschichte und geopolitische Lage, besonders an den außenpolitisch relevanten Fragen interessiert, die heute auch für die EU von Belang sind.

Erlauben Sie mir jetzt ein paar Bemerkungen zu einigen außenpolitischen Fragen, die für die polnische Politik besonders wichtig sind, nämlich: das Verhältnis der EU zu den östlichen Nachbarn, die Beziehungen zu Russland, das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und die Energiepolitik.

## 1. Das Verhältnis zu den östlichen Nachbarn der EU

Nach der Erweiterung der NATO und der EU ist Polen zu einem Grenzland geworden, das mit einer Region benachbart ist, die für Europa eine besondere Bedeutung hat. Von der Tatsache inwieweit solche Länder wie die Ukraine oder die Staaten des Südkaukasus im Netz der Zusammenarbeit mit der EU und der NATO aufgefangen werden, wird abhängen, ob wir im Osten des Kontinents in Zukunft mit Stabilität rechnen können oder ob sich diese Region zu einer Zone von Unsicherheiten entwickeln wird, die Europa vor das Risiko stellen, in neue Spannungen eingewickelt zu werden.

Wir sind der Meinung, dass es im Interesse Europas liegt, dass diese Länder sich als souveräne Staaten entwickeln, die über sich selbst und die Ausrichtung ihrer Außenpolitik – und wenn sie notwendige Bedingungen erfüllen – auch über die Mitgliedschaft in den internationalen Institutionen selbständig entscheiden dürfen.

Heute ist vielen von diesen Staaten diese Möglichkeit nicht gegeben und zwar nicht unbedingt nur in Folge dessen, weil sie dazu noch nicht reif genug sind, sondern, weil sie in ihren politischen Entscheidungen durch Geopolitik eingeschränkt sind. Heute muss man, wenn man an einige dieser Länder denkt, auch gleich an Russland denken. Weil Russland in Bezug auf diese Staaten seine Sonderinteressen offen bekundet und – wie es das Beispiel von Georgien zeigt – auch bereit ist, diese Interessen notfalls offensiv zu wahren.

Russland sieht in den Bestrebungen dieser Länder, der EU und der NATO näher zu kommen, offensichtlich eine Bedrohung seiner Interessen hinter der östlichen EU-Grenze. Man hört oft, dass Russland sich durch die Präsenz der EU und besonders der NATO an seinen Grenzen „eingekesselt“ fühlt.

Ein solches Gefühl ist vielleicht auch psychologisch nachvollziehbar. Russland hat in der jüngsten Vergangenheit durch die Demokratisierung Mittelosteuropas einiges an Einfluss und Machstellung verloren. Aber wir auf der anderen Seite dürfen es nicht gelten lassen, dass die Demokratie und die freie Entwicklung eines Landes durch ein anderes als eine

Bedrohung dargestellt wird. Wir dürfen eine solche Haltung und die Politik, die aus dieser Haltung entspringt, nicht akzeptieren, wenn wir die Werte, die uns zusammenhalten und das Fundament, auf dem sowohl die EU, als auch die NATO gebaut wurden, nicht verraten wollen. Doch weder die EU, noch die NATO ist gegen Russland gerichtet, was wir uns vielleicht selbst in Erinnerung rufen müssen.

In den ehemaligen Sowjetrepubliken findet doch kein Kampf gegen Russland statt und es geht dort nicht darum, Russland „einzukesseln“. Es geht dort vielmehr darum, anstelle von Einflusszonen moderne, demokratische Verhältnisse innerhalb und unter den Staaten dieser Region zu ermöglichen, die ihnen mehr Selbstständigkeit und mehr Wohlstand – und ganz Europa, inklusive Russland, mehr Sicherheit und Stabilität zu bringen.

Die EU sollte dies auf jeden Fall anstreben und dazu ihren Beitrag leisten. Sie sollte das nicht gegen Russland, sondern für sich selbst und gerade wegen der Beziehungen mit Russland tun. Denn das, was diese Beziehungen am meisten stören würde und was sie auch im schlimmsten Fall zu einer Zerreißprobe für die EU machen kann, sind – wie das Beispiel der orangen Revolution in der Ukraine und vor allem der Georgien-Krieg gezeigt haben – gerade die Ansprüche Russlands gegenüber seinen Nachbarn.

Deshalb war es so wichtig, dass die EU während der Georgien-Krise zum ersten Mal in solch einem Ernstfall mit einer Stimme gesprochen hat. Das hat auch, wohlgemerkt, auf das Vorgehen Russlands einen durchaus positiven Einfluss gehabt und zur Einstellung der Kriegshandlungen geführt.

Wir sind der Meinung, dass die EU in eigenem Interesse und im Interesse der Stabilität der Beziehungen zu Russland nach Wegen suchen soll, die Länder des europäischen Ostens näher an unser Europa zu bringen.

Polen hat deshalb Mitte dieses Jahres zusammen mit Schweden die Initiative einer Östlichen Partnerschaft eingeleitet, die von dem Europäischen Rat bereits akzeptiert wurde und die Maßnahmen zu einer stärkeren, praktischen Anbindung von sechs Staaten – Ukraine, Republik Moldau, Belarus, Georgien, Aserbaidshan und Armenien – an die EU enthält. Sie sieht u.a. Schaffung einer Freihandelszone zwischen der EU und diesen Ländern, Erleichterungen bei der Abwicklung von Visa-Angelegenheiten und ein hohes Maß an politischem Dialog vor. Diese Partnerschaft ist aber kein Blankoscheck. Das Projekt wurde als ein flexibles Instrument zu Förderung der demokratischen und marktwirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder konzipiert und sieht vor, dass die Beziehungen mit ihnen danach gestaltet werden, wie sie die Bedingungen für eine solche Partnerschaft erfüllen.

## 2. Beziehungen zu Russland

Dieses Programm ist selbstverständlich auch für Russland offen, falls Russland daran interessiert sein sollte. Aber heute ist es sowohl für Russland als auch für die EU wahrscheinlich wichtiger, die Frage der Wiederaufnahme der Verhandlungen zu einem neuen Abkommen über eine Partnerschaft zu lösen, welche durch die Georgien-Krise in Frage gestellt wurden. Darüber müssen wir in der EU noch diskutieren. Wir sind der Meinung, dass in den Gesprächen mit Russland durchaus auch die Themen berücksichtigt werden sollten, die zum Stillstand in den Beziehungen geführt haben.

Dieser Dialog soll aber geführt werden. Europa braucht Russland aus vielen – politischen und wirtschaftlichen Gründen, aber auch umgekehrt: Russland braucht Europa und wenn sich diese Ansicht durchsetzt, können wir damit rechnen, dass die Verhandlungen in einigen Wochen wieder aufgenommen werden können.

Es ist kein Geheimnis, dass die Beziehungen Polens, aber auch einiger anderer mittelosteuropäischen Staaten zu Russland nicht einfach sind und unseren Erwartungen bei weitem nicht entsprechen. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass die Probleme, die das Verhältnis Russlands zur EU und zur NATO belasten, sich besonders negativ auf die Beziehungen dieser Länder mit Russland auswirken.

Dabei neigt die russische Politik dazu, sich als Partner einzelne EU-Länder auszuwählen und es zu meiden, andere und schon gar nicht die ganze EU als einen solchen zu akzeptieren. Das führt zu einer Politik a la carte und bringt ein gefährliches Spannungspotential, das Europa Schaden zufügen kann. Deshalb halten wir es für wichtig, dass die EU gegenüber Russland in essentiellen Fragen eine einheitliche Politik führt, die von allen einzelnen Mitgliedsstaaten mitgetragen wird.

Trotz all dieser Probleme ist Polen – schon alleine wegen seiner geographischen Lage – an möglichst guten Beziehungen zu Russland interessiert. Und wenn man von den oben genannten prinzipiellen Fragen absieht, wird man leicht feststellen können, dass es eigentlich nicht so schwierig sein dürfte, weil die meisten sonstigen bilateralen Probleme - vorausgesetzt, es besteht auf beiden Seiten guter Wille – durchaus lösbar sind. Das bezieht sich auch auf einige historische Fragen, die in den polnisch-russischen Beziehungen eine gewisse Rolle spielen, über die aber immer noch kein offener Dialog möglich ist.

Die letzten Monate haben aber gewisse positive Signale gebracht, dass in derartigen bilateralen Fragen doch ein Fortschritt erzielt werden kann. Im vorigen Jahr wurde dazu eine besondere Arbeitsgruppe geschaffen, die unter der Leitung des ehem. polnischen Außenministers Adam Rotfeld

und des Präsidenten des Moskauer Instituts für Internationale Beziehungen Anatolij Torkunov arbeitet und die in der letzten Zeit bereits einige Vorschläge unterbreitet hat.

Ermutigend verlief auch der Besuch des russischen Außenministers in Warschau, der, trotz der gerade andauernden Kontroversen um den Georgien-Krieg, Polen vor einigen Wochen zum ersten Mal seit mehreren Jahren besucht und die Lösung einiger technischer bilateraler Probleme in Aussicht gestellt hat.

Auch die Diskussion über das Projekt des Raketenschildes, das zum Teil in Polen entstehen soll, schien sich in den letzten Monaten etwas zu entspannen. Aus Moskau kamen Signale, dass Russland dieses Problem möglicherweise nicht mehr so dramatisch betrachtet und unter Umständen bereit wäre, das amerikanische Angebot, eigene Beobachter zu dieser Installation zu entsenden, zu akzeptieren. Vor diesem Hintergrund ist die heutige Ankündigung des russischen Präsidenten, die Kurzstreckenraketen an der Grenze zu Polen zu stationieren, eine überraschende Tonverschärfung am Tag nach den amerikanischen Wahlen. Wir haben in den letzten Jahren lernen müssen, mit solchen unerwarteten, bösen Positionsänderungen zu leben und wir wissen, dass heute nicht alle Drohgebärden gleich umgesetzt werden. Zum Glück nicht! Jetzt müssen wir genau schauen, was demnächst kommt.

### 3. Beziehungen zu den Vereinten Staaten

Nach dem Umbruch der 90-er Jahre haben die transatlantischen Beziehungen nicht nur und nicht immer Erfolge feiern können. Man konnte in den letzten Jahren mehrmals den Eindruck gewinnen, dass Europa und Amerika sich damit schwer tun, eine gemeinsame Sprache zu finden, dass die transatlantischen Beziehungen manchmal sogar, wie im Falle des Irak-Krieges, auseinanderdriften. Vieles weist darauf hin, dass sich das ändert und, dass Amerika und Europa wieder näher aneinander rücken. Dafür sprechen sowohl die Situation der Weltpolitik, als auch die Entwicklungen in den Vereinigten Staaten selbst.

Erstens ist die Welt von einer Finanzkrise erschüttert worden, die ohne ein transatlantisches Zusammenwirken kaum gelöst und in der Zukunft nicht verhindert werden kann. Zweitens hat die Entwicklung im Südkaukasus erneut einen Bedarf nach näherer politischer Zusammenarbeit deutlich gemacht. Drittens bilden der schwierige Einsatz der NATO in Afghanistan, die Iran-Frage und das ungelöste Nahost-Problem einen großen Krisenkomplex, der für den ganzen Westen einen immer größeren Risikofaktor darstellt, der eine verstärkte Mobilisierung der politischen Kräfte beiderseits des Atlantiks erfordert.

Solche schwierige Fragen, um nicht zu sagen, Krisen, haben in der Vergangenheit Europa und Amerika in der Regel einander immer näher

gebracht. Die Ansicht, dass die kritische Masse auch jetzt bereits überschritten wurde, scheint sich – auch in den USA – immer mehr durchzusetzen.

Selbst unabhängig vom Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahlen, konnte man in der Politik der USA mit einer Entwicklung rechnen, in der es Platz für multilaterales Zusammenwirken und Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Europa geben wird. Diese Entwicklung wurde ansatzweise bereits durch die alte Administration eingeleitet, sie wird um so mehr durch Barack Obama fortgesetzt, der ja mit einem solchen Programm den Wahlkampf geführt hat.

Auf der anderen Seite hat die EU in den letzten Jahren bedeutende Schritte unternommen, die ihre Position in der internationalen Politik etwas stärker gemacht haben, wozu der Einsatz in der Lösung der Finanzkrise ein Beispiel liefert. Das wird Europa den Dialog mit den USA eher erleichtern als erschweren.

Eine Verkürzung des Weges zwischen Europa und den USA wäre aus polnischer Sicht ein wünschenswertes Szenario. Nicht deshalb, weil wir, wie uns manchmal nachgesagt wird, mehr proamerikanisch als proeuropäisch sind, sondern weil wir der Meinung sind, dass Europa mit Amerika stärker wird und dass auch die USA ohne Europa schwächer werden. Die Entwicklungen der letzten Jahre in der Weltpolitik und in der Weltwirtschaft liefern sehr überzeugende Veranschaulichungen dieser These.

Ohne ein gemeinsames europäisch-amerikanisches Handeln kann kein essentielles Problem der Weltpolitik von heute gelöst werden. Und umgekehrt – ein Auseinanderdriften von beiden Kontinenten würde ein Vakuum entstehen lassen, das zusätzliche Konflikte provozieren würde, die sich außerhalb der Sichtweise und des Wirkungsfeldes eines sowohl europäischen als auch amerikanischen Provinzialismus abspielen würden.

Das heißt, dass trotz aller Unterschiede Europa und Amerika nach wie vor einander brauchen und, dass, entgegen dem berühmten Artikel von Jacques Derrida und Jürgen Habermas vom Jahre 2004, heute eine europäische Identität nicht gegen die USA gerichtet werden sollte. Das hat mittlerweile auch einer der Autoren, Jürgen Habermas, eingesehen. Aber auch Amerika muss sich mehr anstrengen, den European Dream mitzuträumen.

Das sind die Grundgedanken, durch die sich die polnische Außenpolitik bezüglich der transatlantischen Beziehungen seit Jahren leiten lässt. Die Spannungen, die in diesen Beziehungen in den letzten Jahren vorkamen, stellten uns manchmal vor schwierige Entscheidungen. Deshalb ist ein näheres Zusammenrücken von Europa und Amerika sehr wohl auch in unserem Interesse.



An dieser Stelle muss ich einige Worte zum Thema sagen, das ich bereits erwähnt habe und das seit geraumer Zeit im Zusammenhang mit den polnisch-amerikanischen Beziehungen in den Medien immer wieder besprochen wird, nämlich das Raketenabwehrsystem, das zum Teil in Polen und in der Tschechischen Republik aufgebaut werden sollen.

Es war für uns keine einfache Entscheidung, was nicht zuletzt die Tatsache zeigt, dass sie bis zur letzten Stunde langer Verhandlungen sehr ungewiss blieb. Jetzt, nach der Unterzeichnung des Abkommens, muss die neue Administration in Washington entscheiden, ob und wann diese Anlage gebaut wird.

Welche Argumente überwogen bei dieser Entscheidung?

(1.): Der Raketenabwehrschild ist zur Abwehr bestimmt und kann nicht zu einem Angriff benutzt werden.

(2.): Der Schild ist gegen ballistische, also Langstreckenraketen gerichtet, folglich kann er nicht als eine Verstärkung der Abwehr gegen russische Kurzstreckenraketen betrachtet werden.

(3.): Im Gegensatz zu vielen NATO-Mitgliedern, hat Polen auf seinem Boden keine Streitkräfte und keine militärische Einrichtungen der Alliierten, die die Sicherheit des Landes erhöhen.

(4.): Russland wurde angeboten diese Einrichtung, vorbehaltlich der Gegenseitigkeit, zu kontrollieren.

Uns schien, dass diese Argumente ernst genommen werden müssen und, dass sie die russische Kritik an diesem Projekt deutlich relativieren.

#### 4. Energiesicherheit

Aufgrund der Bedeutung, welche die Energie für die Staatssouveränität hat, kann man die Energiesicherheit längst nicht mehr bloß als eine Wirtschaftsfrage betrachten. Sie etablierte sich als ein durchaus politisches Thema, deshalb erwähne ich dieses Thema auch unter den Fragen der Außenpolitik.

Hinsichtlich der Energieversorgung sind fast alle mittelosteuropäischen Staaten in einer viel schwierigeren Lage als die restlichen Mitgliedsländer der EU. Ein Teil von ihnen, darunter Polen, ist stark von den fossilen Energieträgern – in unserem Fall vom Steinkohle – abhängig, was ihre Möglichkeiten, verstärkte Klimaschutzmaßnahmen zu implementieren, drastisch einschränkt.

Dabei sind alle mittelosteuropäischen Staaten manchmal zu 100% auf Öl- und Gaslieferungen von einer Quelle angewiesen, was auf Dauer nicht akzeptiert werden kann. Es reicht an dieser Stelle zu sagen, dass eine Situation als ausbalanciert gilt, wenn die Öl- und Gaslieferungen aus drei Quellen, jeweils in Höhe von etwa 30% stammen. In solch einer günstigen Lage befinden sich nur die westlichen EU-Länder.

Diese Energieengpässe determinieren natürlich die Politik unserer Länder, was neulich im Zusammenhang mit den Vorschlägen der Europäischen Kommission, die CO<sup>2</sup>-Emissionen und den Energieverbrauch um jeweils 20% zu reduzieren, zum Ausdruck kam.

Das Programm der Kommission bedeutet für Polen eine drastische Erhöhung der Elektrizitätspreise um sogar bis zu 90%, eine Abschwächung der Entwicklung der Industrieproduktion um etwa 10% und eine deutliche Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. Dabei würde die Abhängigkeit des Landes von den Gaslieferungen wie auch die Gaspreise rapide wachsen.

All das hätte ernsthafte Folgen für ganze Industriezweige, insbesondere für die Schwerindustrie und würde sich negativ auf die Entwicklung der gesamten Wirtschaft auswirken. Darunter würden nicht nur polnische Betriebe, sondern auch ausländische Firmen leiden, die bei uns investiert haben. Der Stabilitätsfaktor der mittelosteuropäischen Wirtschaft, von dem ich vorhin gesprochen habe, würde sehr schnell schrumpfen.

Deshalb wehrt sich Polen zusammen mit sieben anderen neuen EU-Mitgliedern gegen allzu restriktives Vorgehen und hat der Kommission einige eigene Vorschläge unterbreitet, die wirtschaftlichen Folgen des Klimaschutzpaketes abzumildern. Wir hoffen, dass die Entscheidungen, die noch in diesem Jahr getroffen werden sollen, den Belangen und der spezifischen Situation der neuen Mitgliedsstaaten mehr Rechnung tragen werden.

Ähnlich atypisch – im Vergleich zu den alten EU-Ländern – ist die Situation der mittelosteuropäischen Staaten hinsichtlich der Gasversorgung. Wenn auf EU-Ebene keine neuen Liefermöglichkeiten geschaffen werden, werden einige von diesen Ländern immer nur von einer Quelle abhängig sein, was ihre Energiesicherheit dauerhaft beeinträchtigen würde. Deshalb ist es unseres Erachtens nach notwendig, für Europa neue Lieferwege und neue Quellen der Versorgung zu erschließen und auf dem europäischen Markt Bedingungen für eine Energiepolitik zu schaffen, die vom Prinzip der Solidarität geleitet wird.

Wir hoffen, dass, wie es in vielen anderen Bereichen bereits der Fall ist, Europa auch auf dem Energiemarkt mehr zusammenwächst, was uns allen auf Dauer nur zugute kommen kann.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen einige Bemerkungen zu Fragen vorgetragen, die jetzt in der Europäischen Union Gegenstand von intensiven Debatten sind. Ob und was diese Debatten „Neues“ für Europa bringen, werden die nächsten Monate und Jahre zeigen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

© Dr. Jerzy Margański